

Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

freigegeben am 19.11.2018, 14:45:35

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)

Regierungsmitglied(er): Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann-Stv. Mag. Michael Schickhofer, Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl

Zu Tagesordnungspunkt D2

Betreff:

Bekanntnis gegen die Islamisierung der Gesellschaft

Auch wenn dank einer vorbildlichen Flüchtlingspolitik einiger weniger Politakteure der Flüchtlingsstrom nach Europa und insbesondere nach Österreich eingedämmt werden konnte, wirken die Verfehlungen der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten agierenden Politiker immer noch nach. Neben den massiven Herausforderungen im Bildungsbereich stehen enorme Kosten für das heimische Sozial- und Gesundheitssystem zu Buche. Darüber hinaus bedrohen demokratiefeindliche Tendenzen, die größtenteils von islamischen Zuwanderern ausgehen, zunehmend unsere liberale Gesellschaftsform.

So werden von den steirischen Sicherheitsbehörden rund die Hälfte der Grazer Moscheen als „radikal-islamisch“ eingestuft. Generell gilt die Landeshauptstadt unter Experten als Hochburg des Islamismus, wie etwa die angedachte Verlegung des internationalen Hauptquartiers der Muslimbruderschaft von London nach Graz belegt. In dieses Bild passt eine Studie des Islam-Wissenschaftlers Ednan Aslan über muslimische Flüchtlinge in Graz, die erschreckende Ergebnisse zu Tage förderte. Die Befragung von 288 Personen aus elf Asylunterkünften zeigte, dass viele muslimische Asylwerber unsere Gesellschaftsordnung nicht akzeptieren, sie ablehnen und mit radikal-islamischen Ansichten geradezu unterminieren. So war für 51,6 Prozent der Befragten die „Überlegenheit des Islam“ unstrittig und 44,2 Prozent empfanden die jüdische Religion als schädlich für die Welt. Ebenfalls 44,2 Prozent der Befragten hießen Gewalt gegen Frauen gut, die ihren Mann betrügen. Die Studienergebnisse zeigen, dass sich viele muslimische Asylwerber nicht an unsere Gesellschaftsordnung anpassen wollen.

Der Freiheitliche Landtagsklub Steiermark sah diese Entwicklung bereits vor Jahren auf Österreich zukommen und forderte von den Entscheidungsträgern stets ein rigoroses Vorgehen gegen fundamentalistische Radikalisierung ein. Neben konkreten Maßnahmen, wie beispielsweise die rigorose Abschiebung illegaler Zuwanderer oder auch die Bestrafung bei Integrationsverweigerung, hätte es spätestens infolge der Vorgänge im Herbst 2015 auch umgehend eines eindeutigen Standpunktes der heimischen Politik hinsichtlich der Bekämpfung der Unterwanderung unserer Gesellschaft bedurft. Da ein solches Vorgehen von den Regierungsparteien nicht zu erwarten war, forderte die FPÖ schließlich im Februar 2016 vom Landtag eine Grundsatzerklärung gegen die Islamisierung Europas ein.

Bedauerlicherweise konnten sich die übrigen Landtagsfraktionen zu keiner derartigen Positionierung durchringen und „parkten“ die freiheitliche Initiative vielmehr ein Jahr lang in einem Unterausschuss. Erst ein Jahr später erfolgte die Behandlung im Landtag, wobei ÖVP und SPÖ das von der FPÖ eingeforderte Bekenntnis im Zuge eines Abänderungsantrags völlig verwässerten.

Wohin diese Vogel-Strauß-Taktik geführt hat, belegen die Schilderungen der Autoren Susanne Wiesinger und Shams Ul-Haq in deren Büchern „Kulturkampf im Klassenzimmer“ beziehungsweise „Eure Gesetze

interessieren uns nicht!“. Die steirische Politik darf zu den aufgezeigten Entwicklungen nicht länger schweigen und muss sich ausdrücklich gegen die Islamisierung Österreichs und Europas positionieren.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich im Lichte zunehmender radikal-islamischer Tendenzen in unserer Gesellschaft zu folgenden politischen Grundsätzen beziehungsweise Zielsetzungen:

1. Die Aufrechterhaltung der christlichen Leit- und Wertekultur Europas
2. Die Trennung von Kirche und Staat
3. Die Bekämpfung der Islamisierung Österreichs und Europas auf sämtlichen politischen Ebenen
4. Die Unterstützung der türkis-blauen Bundesregierung in deren Vorgehen gegen den Radikal-Islam

Unterschrift(en):

LTAvg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAvg. Christian Cramer (FPÖ), LTAvg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAvg. Erich Hafner (FPÖ), LTAvg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAvg. Herbert Kober (FPÖ), LTAvg. Anton Kogler (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAvg. Helga Kürgerl (FPÖ), LTAvg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAvg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAvg. Albert Royer (FPÖ), LTAvg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAvg. Günter Wagner (FPÖ)